

SPD

Sozialdemokratische
Partei Deutschlands



HAMM

Elf Millionen Euro mehr für Hamm

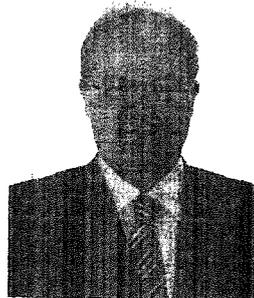
Oberbürgermeister begrüßt erstmalige Einrechnung der Sozialkosten bei Schlüsselzuweisungen

hat. **HAMM.** Stadtkämmerer Jörg Hegemann wird sich über den angekündigten Geldsegen aus Düsseldorf selbst im Urlaub freuen. Nach der ersten Modellrechnung, die das Innenministerium noch vor Weihnachten verschickte, erhält die Lippestadt einen satten Aufschlag an Landeszuweisungen. Statt wie in diesem Jahr, als 112 Millionen aus dem kommunalen Finanzausgleich nach Hamm flossen, sollen es im nächsten elf Millionen Euro mehr sein. Das entspricht einem Zuwachs von 9,9 Prozent.

Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann reagierte auf die Nachricht nicht sonderlich überrascht. „Mit der Einrechnung der

Sozialkosten bei den Schlüsselzuweisungen hat die Landesregierung nachvollzogen, was sie schon längst hätte tun müssen“, meinte der Rathauschef. Seine Kritik richtete sich an die schwarz-gelbe Vorgängerregierung, wobei er Wert darauf legt, dass er in diesem Punkt ausdrücklich als Oberbürgermeister der Stadt Hamm spricht.

Die Anpassung der Schlüsselzuweisungen hatte schon der Verfassungsgerichtshof in Münster für 2008 angeordnet. Doch seinerzeit hatte sich die Landesregierung auf das Ifo-Gutachten zur Begutachtung des kommunalen Finanzausgleichs berufen, das noch nicht vorlag. Die ersten Ergebnisse dieses



Thomas Hunsteger-Petermann ist zufrieden.

Gutachtens, das neben anderem eine stärkere Berücksichtigung der Kosten für Hartz IV und die Bedarfsgemeinschaften fordert, sind bei der Berechnung der

Schlüsselzuweisungen für das Haushaltsjahr 2011 erstmals umgesetzt worden. Mit der Folge, dass insgesamt gesehen die kreisfreien Städte gewinnen – Ausnahmen sind Bonn, Bochum, Düsseldorf, Leverkusen und Münster, die ebenso wie die meisten kreisangehörigen Städte auf dem Land zum Teil massiv verlieren.

Als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU (KPV) weiß Hunsteger-Petermann, dass die Umverteilung zu einer Zerreißprobe innerhalb der Mitgliedschaft führen kann. Noch schwieriger ist die Situation in den kommunalen Spitzenverbänden, wo sich Gewinner und Verlierer vis-a-vis gegenüberstehen.

„Aber die Umverteilung ist gerecht“, stellt der Hammer Oberbürgermeister ausdrücklich fest. Denn für viele Städte seien die Sozialkosten zur bedrückendsten Last geworden. Wenn er die von der neuen Landesregierung bereits beschlossenen finanziellen Maßnahmen addiert, kommt er bislang auf eine Summe von 21 Millionen Euro Entlastung für Hamm.

Wobei der Rathauschef auch die Bundesregierung in die Pflicht nimmt, möglichst bald mit der in Aussicht gestellten Entlastung bei den Kosten der Grundsicherung im Alter herüberzukommen. Das würde die kommunalen Kassen bundesweit noch einmal um rund vier bis fünf Milliarden entlasten.